

A large, stylized '10' logo. The '1' is solid black. The '0' is filled with a black halftone dot pattern and features a white circle in its center. The logo is positioned in the middle of the page, overlapping several geometric shapes.

10

**10 Jahre
MultiWatch:
Rückblick und
Perspektiven**

Impressum

10 Jahre MultiWatch: Rückblick und Perspektiven, Jubiläumsheft, November 2015

Redaktion: Lis Füglistner und Marianne Aeberhard
Beiträge von: Lis Füglistner, Marianne Aeberhard, Stephan
Tschirren, Stephan Suhner, Ueli Gähler, Franklin Frederick,
Yasmine Motarjemi, Golda Fuentes, Hans-Peter Schmutz,
Roland Herzog
Korrektorat: Orlando Eberle
Konzept: Florian Albrecht
Gestaltung: Florian Albrecht, Marco Zellweger
Druck und Ausrüstung: Druckerei Reitschule Bern
Auflage: 500
Bestelladresse: info@multiwatch.ch
www.multiwatch.ch/cm_data/jubilaumsheft

Bildnachweise:

Seite 5: Aktion «Wir schauen hin» vor den Xstrata-GVs, 2012
Seite 6: Ausstellung «Wie Multis Menschen behandeln» Bun-
desplatz, 2005 / Anwalt bei Anhörung zu Nestlé, 2005
Seite 12: Aktion «Schweigeminuten für die Opfer von Nestlé»
Nespresso-Laden Bern, 2008 / Protestaktion vor Nespres-
so-Läden anlässlich des Todes von Oscar Lopez Triviño, 2013
Seite 19: Einweihung des Luciano Romero-Platzes, 2015 /
MultiWatch-Brownies für den Stand am Gib8-Festival 2007

Inhalt

4
Editorial

6
2005–2015:
ein Rückblick

8
Wichtigste
Aktionen und
Kampagnen

10
Exemplarisch:
Kritik an Nestlé

13
Druck der
Öffentlichkeit:
Reaktionen der
Multis

16
Multis und
Menschenrechte:
Thema in Politik
und Öffentlichkeit

18
Auswertung
und Ausblick

19
Was kann ich tun?



Der Verein MultiWatch kann auf zehn Jahre mit erfolgreichen Aktivitäten zurückblicken. Das diesjährige Jubiläum soll daher gefeiert werden. Im Zentrum stehen die inhaltlichen Arbeiten und die damit verbundenen Kampagnen sowie das grosse Engagement vieler AktivistInnen und kritischer BeobachterInnen auf allen Kontinenten. Das vorliegende Jubiläumshft beschreibt Beispiele von Aktionen und Kampagnen gegen multinationale Konzerne (Multis) und Reaktionen, die sie hervorgerufen haben. Es wird deutlich, dass hinsichtlich der Menschenrechtsslage im Handlungsfeld von Multis vieles im Argen liegt. Sowohl bei Nestlé in Kolumbien wie auch bei Holcim in Indien, bei Glencore in Peru oder bei Syngenta in Pakistan mussten wir in den letzten zehn Jahren gravierende Menschenrechtsverstösse feststellen.

Ein grosser Teil des Welthandels wird heute von den rund 150 grössten Multis dominiert. Gerade die mächtigsten unter ihnen nehmen auch grossen Einfluss auf Politik und Gesellschaft. Insbesondere fürchten sie negative Publicity und Veröffentlichungen über dubiose Geschäftspraktiken und Machtmissbrauch. Ganz besonders schwer tun sie sich mit vertieften Recherchen und global vernetzten Kampagnen. Darum setzt die Arbeit von MultiWatch genau dort an. Zusammen mit Betroffenen vor Ort sammeln wir Informationen zu Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung im Geschäftsumfeld von Schweizer Multis und bereiten sie auf. Mit unseren Kampagnen sollen sowohl die Rechte der ArbeiterInnen von Schweizer Multis als auch die Gemeinschaften, die von deren Firmentätigkeit betroffen sind, geschützt und verbessert

werden. Dies erreichen wir nur, wenn Informationen über diese Verstösse in fernen Regionen auch hierzulande bekannt werden. Nur dann erhält das sorgsam gehütete und mit grossen personellen und finanziellen Ressourcen aufgebaute Konzernimage Risse, akzentuieren sich Widersprüche und steigen Erklärungsbedarf und Legitimierungszwang an. So sind global tätige Minenkonzerne wie Glencore heute in der Öffentlichkeit vermehrt mit kritischen Fragen konfrontiert und stocken deshalb ihr Budget für Rechtfertigungskampagnen auf.

MultiWatch ist bestrebt, die zunehmende Anzahl dokumentierter Fälle (z.B. Holcim Indien oder Nestlé Kolumbien) aktuell zu halten und weiter zu verfolgen. Daneben gelangen immer wieder neue Vorfälle und Themen an uns. Zurzeit ist beispielsweise ein Buch über Syngenta in Erarbeitung. All diese Aufgaben und die vielfältigen Aktivitäten können von MultiWatch nur dann auf dem bisherigen Niveau weitergeführt werden, wenn die Finanzierung durch uns nahestehende Organisationen weiterhin gesichert ist. Ohne das leidenschaftliche und nicht bezahlte Engagement sowie die immense Arbeit zahlreicher AktivistInnen und UnterstützerInnen könnte MultiWatch jedoch gar nicht funktionieren. Dieses Engagement gilt es in Zukunft noch auszubauen. Erfreulicherweise geht die Entwicklung in diese Richtung, ist doch letztes Jahr mit MultiWatch Basel eine sehr aktive Regionalgruppe entstanden, die ihren Schwerpunkt auf die Beobachtung des Agrarmultis Syngenta gesetzt hat.

Allen Engagierten und natürlich auch den finanzierenden Organisationen und Stiftungen gehört unser herzlichster Dank. Ohne sie hätte MultiWatch seine

vielfältigen Aufgaben nur eingeschränkt wahrnehmen und die anspruchsvollen Zielsetzungen zu wenig wirkungsvoll umsetzen können.

Ganz besonders wollen wir uns zu unserem Jubiläum an Luciano Romero erinnern, einen Gewerkschafter aus Kolumbien. Er wurde am 11. September 2005 – vor zehn Jahren – ausserhalb von Valledupar gefoltert und anschliessend ermordet. Luciano war es im Oktober 2005 verwehrt, an der von MultiWatch organisierten öffentlichen Anhörung zu den Geschäftspraktiken von Nestlé in Bern als Zeuge teilzunehmen. Seine Ermordung hat tiefe Narben hinterlassen und zeigt exemplarisch, mit welchen Risiken der Einsatz und das Engagement gegen Machtarroganz, Gewalt, Unterdrückung und Ausbeutung verbunden ist.

Die Schweizer Konzerne stehen in der Verantwortung, die gewerkschaftliche Interessenvertretung ohne Wenn und Aber zu akzeptieren, das Leben ihrer MitarbeiterInnen umfassend zu schützen, die Rechte der von ihrer Tätigkeit betroffenen Bevölke-

rung vollumfänglich zu achten und Massnahmen zum Schutz der Umwelt zu treffen. Wir werden uns – mit Ihrer und eurer Unterstützung – auch in den kommenden Jahren dafür engagieren, dass die Öffentlichkeit über Menschen- und Umweltrechtsverletzungen durch multinationale Konzerne mit Sitz in der Schweiz schnell und detailliert informiert wird. Nur gemeinsam lässt sich genügend Druck aufbauen, um die dringend notwendigen Verbesserungen im Verhalten der Multis durchzusetzen!

Der Vorstand des Vereins MultiWatch
Bern, im November 2015

2005 – 2015: ein Rückblick

Wie es begann...

Aufgrund massiver Gesetzesverstösse, Menschenrechtsverletzungen und weiterer problematischer Praktiken von Nestlé in Kolumbien wurde im November 2003 am Europäischen Sozialforum in Paris eine internationale Kampagne gegen diesen Schweizer Konzern lanciert. Da Interventionen von GewerkschaftsvertreterInnen und Solidaritätsgruppen in den betroffenen Ländern keine Erfolge brachten und Aktionen vor Ort die Situation für die organisierte Arbeiterschaft massiv verschlechterten, suchten betroffene Gewerkschaftsmitglieder der Lebensmittelgewerkschaft Sinaltrainal (Sindicato Nacional de Trabajadores de la Industria de Alimentos) den Kontakt zu Schweizer AktivistInnen. Dies hatte zum Ziel, im Land des Konzernsitzes gemeinsam öffentlichen und politischen Druck für die Einhaltung grundlegender Verhaltensnormen aufzubauen.

«Die Art und Weise, wie MultiWatch entstanden ist, ist bezeichnend für unsere Arbeit der letzten zehn Jahre: Betroffene aus Kolumbien haben uns um Unterstützung angefragt. MultiWatch ist als Kampagne von unten entstanden. Dank langjähriger Vertrauensbeziehungen zu Betroffenen haben wir umfassende und kontinuierliche Falldokumentationen erstellt, die für die Konzerne unangenehm und belastend sind.» Marianne Aeberhard, Gründungsmitglied und aktuelle Geschäftsleiterin von MultiWatch

Bereits damals war klar, dass unverbindliche Zusagen der Unternehmen bezüglich verantwortungsvollen Handelns in den Produktionsländern keine

effektiven Verbesserungen bringen, sondern lediglich der Verbesserung des Unternehmensimages dienen. Entsprechend wurde von Anfang an die Forderung nach verbindlichen Regeln für multinational tätige Konzerne gestellt. Dazu gehören insbesondere Klagemöglichkeiten für Geschädigte bei unabhängigen Instanzen, die Konzerne für begangenes Unrecht zur Verantwortung ziehen können.

Bis zu diesem Zeitpunkt gab es in der Schweiz noch keine Organisation, die sich spezifisch dem Thema der gesellschaftlichen Verantwortung multinationaler Konzerne widmete. Die zunehmende Bedeutung der Thematik war aber einflussreichen, entwicklungspolitischen und kirchlichen Organisationen, den Gewerkschaften und linken politischen Parteien bewusst. Deshalb stiess die Idee einer Beobachtungsplattform für Schweizer Multis auf breite Zustimmung. Anfang 2005 wurde der Verein MultiWatch gegründet.

Als erste Aktivität organisierte der neu gegründete Verein im Rahmen der Aktionswoche für eine weltweit faire Handelspolitik am 16. April 2005 auf dem Bundesplatz in Bern die Ausstellung «Wie Multis Menschen behandeln». Auf menschlichen Silhouetten wurde beschrieben, wie es Gewerkschaftsfunktionären ergeht, die bei multinationalen Konzernen in Kolumbien angestellt sind. Die Botschaft von MultiWatch: «Nein zum Freihandel um jeden Preis! Verbindliche Regeln und einklagbares Recht zum Schutz der Menschen und der Umwelt».

Im Juni 2005 organisierte MultiWatch am 2. Schweizer Sozialforum eine Podiumsdiskussion zum Thema «Klagemöglichkeiten gegen Multis». Zur selben Zeit wurde die Website www.multiwatch.ch erstellt und aufgeschaltet.

Der Hauptfokus der Arbeit von MultiWatch lag im Gründungsjahr jedoch auf der Organisation einer öffentlichen Anhörung zu Menschenrechtsverletzungen im Umfeld von Nestlé in Kolumbien. Das symbolische Gerichtsverfahren fand am 29. und 30. Oktober 2005 statt. Vor rund 200 Privatpersonen und VertreterInnen diverser Organisationen schilderten Zeugen aus Kolumbien ihre Erfahrungen mit dem Konzern Nestlé (siehe auch S. 10).

Zehn Jahre später...

Aufgrund der positiven Resonanz auf die Anhörung zu Nestlé in Kolumbien entschieden die Mitglieder von MultiWatch, den Verein als permanente Plattform zur Beobachtung von Multis zu etablieren. Entsprechend folgten intensive Aufbauarbeiten, viele Aktionen und mehrere grosse Kampagnen (siehe folgende Kapitel).

MultiWatch ist weiterhin ein Zusammenschluss verschiedener Organisationen, die sich für eine verantwortungsvolle Unternehmenspolitik einsetzen. Die meisten Trägerorganisationen sind seit der Gründung des Vereins dabei, einige weitere sind dazugekommen.

«Eine Stärke von MultiWatch ist, dass wir eine Plattform von Organisationen aus verschiedenen Bereichen sind. Gewerkschaften, NGO, Kirchen, soziale Bewegungen. So haben wir viele Kontakte und ein gutes Netzwerk im Norden wie im Süden. Wer sich bei MultiWatch engagiert, tut dies freiwillig. Das führt zu einem langandauernden, überzeugten Engagement.» Stephan Tschirren, Vorstand MultiWatch

Der Vorstand des Vereins MultiWatch setzt sich aus acht bis zehn Personen zusammen. Die meisten Vorstandsmitglieder vertreten eine Trägerorganisation und engagieren sich zudem in Arbeitsgruppen. MultiWatch verfügt über eine Geschäftsstelle mit einem kleinen Teilzeitpensum. Die Stellenleiterin koordiniert sämtliche Aufgaben des Vereins und der verschiedenen Arbeitsgruppen. Seit 2014 besteht in Basel zudem eine MultiWatch-Regionalgruppe, die sich insbesondere auf die Beobachtung der in Basel ansässigen Multis – wie z.B. Syngenta – konzentriert.

«Wir sind unbürokratisch, schnell und offen für Neues. Wir haben kaum Berührungängste und können Themen aufgreifen, die anderen Organisationen zu heikel sind. Gleichzeitig können wir auf eine lange Erfahrung zurückblicken, denn wir gehörten zu den Ersten, die sich systematisch mit den Menschenrechtsverletzungen von Multis befasst haben. Unsere Aktivitäten haben mitgeholfen, das Thema

Unternehmen und Menschenrechte auf die politische Agenda zu bringen.» Stephan Suhner, Vorstand MultiWatch

Neben der Kampagnenarbeit ist heute die Informations- und Dokumentationsarbeit auf der Website www.multiwatch.ch eine wichtige Tätigkeit von MultiWatch. Der Newsletter über neuste Entwicklungen bei den Multis, die Dossiers und die Beschreibung von Fällen von Menschenrechtsverstößen oder Umweltsünden werden regelmässig von verschiedenen politischen Organisationen für ihre Arbeit konsultiert. Dadurch werden diese Vorfälle bekannt und die Protestarbeit diversifiziert. Durch die breite Vernetzung und die gegenseitige Unterstützung von Aktionen und Kampagnen kann in bedeutendem Ausmass Druck auf die Firmen – und je nachdem auch auf die gesetzgebenden Behörden – aufgebaut werden.

«Das wichtigste Mittel, um immer wieder Aufmerksamkeit zu erregen, sind Enthüllungen über Geschäfte und Personen sowie Aktionen. Und dafür ist MultiWatch die bewährte Kraft. MultiWatch bleibt als Organ des Hinschauens auch deshalb unersetzlich, weil gerade der Rohstoffhandel sehr schnellen Veränderungen unterliegt.»

Jo Lang, Zuger Nationalrat 2003 – 2011

Wichtigste Aktionen und Kampagnen



23.5.2015
«March against Syngenta and Monsanto» in Basel [A]

24. – 25.4.2015
«Agro statt Business»-Konferenz zu Syngenta

Ende 2014
Besuch bei Leiharbeitern der Holcim-Tochter ACC in Jamul (Indien) [B]

26.5.2014
Herausgabe eines Buches über Glencore Xstrata (heute Glencore)

20.5.2014
Aktion vor der Glencore-GV zu Umsiedlungen und Vertreibungen in Kolumbien

4.11.2013
Protestaktion vor Nespresso-Läden anlässlich der Ermordung von Oscar Lopez Triviño am 9.11.2013

16.5.2013
Aktion vor der Glencore Xstrata-GV zum Einsatz öffentlicher Sicherheitskräfte gegen BergbaukritikerInnen im Auftrag von Glencore Xstrata [F]

15. / 7.9. / 20.11.2012
Aktionen «Wir schauen hin» vor den Xstrata-GVs

17.4.2012
Aktion vor der Holcim-GV inkl. Übergabe des Holcim-Buches und eines Manifests mit Forderungen an das Holcim-Management

17.4.2012
Herausgabe eines Buches über Holcim

14.4.2012
Aktion vor dem Kunstmuseum «Keine Konzernwerbung im Kunstmuseum» anlässlich der Ausstellung über Holcim [D]

23.4.2009
Nespion-Aktion vor der Nestlé-GV anlässlich des Spionageskandals

22.7.2008
Aktion «Schweigeminuten für die Opfer von Nestlé» vor Nespresso-Läden in Bern

25.1.2008
«Public Eye Swiss Award» für Glencore wegen menschenrechtswidrigem Verhalten in Kolumbien

19.1.2008
Veranstaltung an der Tour de Lorraine «Patente kosten Leben – der Fall Novartis in Indien»

19.12.2007
«Black Planet Award» der Stiftung Ethecon an Nestlé [E]

August 2007
Besuch bei entlassenen Glencore-ArbeiterInnen in La Jagua (Kolumbien) [C]

29. / 30.10.2005
«Der Fall Nestlé»: Anhörung zu Nestlé in Kolumbien und internationales Forum zu Nestlé

- 45 Falldokumentationen
- über 35 Aktionen
- mehr als 30 Medienmitteilungen
- 10 Interventionen an Aktionärsversammlungen
- 5 grosse Kampagnen
- 33 Protestbriefe
- 2 publizierte Bücher, das 3. in Erarbeitung
- 7 Nominationen für den Public Eye Award

Exemplarisch: Kritik an Nestlé

Auch wenn MultiWatch in der Schweiz die erste Organisation war, die den Fokus auf die systematische Beobachtung von multinationalen Konzernen legte, geht der Anfang der Konzernkritik viel weiter zurück. Die Kritik an Nestlé ist ein gutes Beispiel dafür, mit welchen vielfältigen Mitteln Druck aufzubauen versucht wurde und wie ein so mächtiger Konzern wie Nestlé darauf reagierte. Wir möchten an dieser Stelle wichtige Elemente dieser jahrzehntelangen Kampagne gegen Nestlé aufzeigen.

70er-Jahre: Skandal-Kampagne «Nestlé tötet Babys»

Dank einer internationalen Studie der englischen Organisation «War on Want» wurde Anfang der 70er-Jahre bekannt, welche verheerende Auswirkungen Nestlés aggressive Marketingstrategie für Babymilch auf die Gesundheitssituation von Neugeborenen und Kleinkindern in Ländern des Südens hatte.

Die Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern übersetzte die Studie und brachte mit einer breiten Kampagnenarbeit die schockierenden Tatsachen ins Bewusstsein

der Schweizer Öffentlichkeit. Mit dem mutig gewählten Titel «Nestlé tötet Babys» provozierte sie bewusst und forderte die Konzernspitze zum Handeln auf. Diese reagierte prompt und reichte Strafanzeige wegen Ehrverletzung ein. Das Gerichtsverfahren stiess auf grosses öffentliches Interesse und endete mit einer symbolischen Geldstrafe für die Angeklagten. Der Imageschaden für Nestlé war jedoch enorm. Noch heute hallt mit dem obligatorischen Aufdruck auf jedem Babymilchprodukt «Die WHO empfiehlt ausschliessliches Stillen während der ersten sechs Monate» die rechtlich ungeklärte Frage der Mitverantwortung des Konzerns für den Tod vieler Babys nach.

2005: neue Öffentlichkeitskampagne erreicht Höhepunkt

Das Thema der aggressiven Vermarktung von Baby-Nahrung war auch 40 Jahre nach «Nestlé tötet Babys» nicht vom Tisch. Gleichzeitig wurden Berichte von massiven Arbeitskonflikten in Kolumbien in die Schweiz getragen. Deswegen wurde Nestlé von der Vorläuferorganisation von MultiWatch, der «Baby Milk Action/Nestlé Boycott Committee», und von der Erklärung von Bern für den Public Eye Award 2005 nominiert. Der Nahrungsmittelmulti stiess beim Publikum auf die grösste Entrüstung und gewann den «Publikumspreis 2005».

Kurz darauf wurde MultiWatch gegründet, um Ende Oktober 2005 in Bern eine öffentliche Anhörung zu verschiedenen Fällen von Menschenrechtsverstössen im Umfeld von Nestlé in Kolumbien und ein internationales Forum zu weiteren Geschäftspraktiken von Nestlé durchzuführen. Die Bedeutung dieses Anlasses beruhte auf der breiten Trägerschaft namhafter Organisationen und der aktiven Beteiligung von fünf bekannten Persönlichkeiten als Mitglieder der Jury, die die präsentierten Fälle zu beurteilen hatte: Rudolf Schaller (Genfer Jurist und Anwalt), Carola Meier-Seetaler (Philosophin), Carlo Sommaruga (Nationalrat SP), Anne-Catherine Menétrey-Savary (damalige Nationalrätin Grüne) und Dom Tomás Balduino (brasilianischer Bischof). Bei der Anhörung klagten Vertreter der Nahrungsmittelgewerkschaft Sinaltrainal vier besonders

schwerwiegende Vorfälle in den Fabriken von Nestlé in Kolumbien öffentlich an: die Bedrohung und Ermordung von Gewerkschaftern, widerrechtlicher Entlassungen, Umetikettierung und Neuverpackung abgelaufener Pulvermilch und Gewässerverschmutzung. Die Anschuldigungen wurden umfassend dokumentiert, mit Beweismitteln belegt und mit Zeugenaussagen vor Ort gestützt. Konzernvertreter von Nestlé wurden zur Darstellung ihrer Sichtweise an die Anhörung eingeladen, lehnten eine Teilnahme jedoch ab. Die Schlussdeklaration der Jury verurteilte das Vorgehen von Nestlé in Kolumbien klar: «Sei es durch seine Versäumnisse im Blick auf die Qualität der Produkte oder auf den Umweltschutz, sei es durch seine Zerstörungspolitik hinsichtlich der Arbeitsbedingungen, durch seine unerbittliche Feindseligkeit gegenüber der Gewerkschaft oder durch seine wirtschaftspolitisch aggressiven Methoden, überschreitet Nestlé die Grenzen des Tolerierbaren.»

2006 bis 2010: strategischer Schachzug – Gesprächsverweigerung und vertraulicher Dialog

Kurz vor und nach der Anhörung wurden einzelne Hilfswerke und Mitglieder von MultiWatch von Nestlé kontaktiert und zu einem vertraulichen Dialog eingeladen. Ein Gespräch mit MultiWatch verweigerte der Konzern hingegen. Mit dieser Strategie des selektiven Dialogs schaffte es Nestlé, die Basis der Trägerschaft von MultiWatch zu schwächen. Die Gespräche zwischen Nestlé und den ausgewählten Organisationen dauerten mehrere Jahre. In dieser Zeit bestand die Abmachung, dass der Inhalt der Gespräche – nämlich die Situation bei Nestlé in Kolumbien – nicht an die Öffentlichkeit gelangen durfte. Damit wurde die Öffentlichkeitskampagne in der Schweiz im Keim erstickt und zumindest zwischenzeitlich der Druck auf den Konzern massiv verringert.

12. Juni 2008: Nestlégate – ein Spionageskandal fliegt auf

Nestlé gelangte kurzfristig wieder in den Fokus der Medien, als das Westschweizer Fernsehen die Methoden aufdeckte, mit welchen sich Nestlé über die Tätigkeiten ihrer KritikerInnen informierte: Über die Sicherheitsfirma Securitas hatte Nestlé in den Jahren 2003 und 2004 eine Person in eine Attac-Gruppe infiltrieren lassen, die an einer kritischen Publikation zu Nestlé¹ arbeitete. Nach Bekanntwerden des Bespitzelungsskandals reichten die Attac-Mitglieder Anklage wegen illegaler Überwachung und Persönlichkeitsverletzung ein. Das Zivilgericht in Lausanne verurteilte Nestlé und die mit der Spionage beauftragte Sicherheitsfirma Securitas im Januar 2013 zu einer Entschädigungszahlung von je 3'000 Schweizer Franken an zwei Mitglieder der Attac-Gruppe.

Während die schweizerische Öffentlichkeit sich hauptsächlich über die nachgewiesene Bespitzelung empörte, war MultiWatch insbesondere um das Wohlergehen seiner Kontaktpersonen in Kolumbien besorgt. Durch die illegale Infiltration konnten sensible Informationen über Kontakte im In- und Ausland gesammelt und dem Auftraggeber übermittelt werden. Solche Informationen können in Ländern wie Kolumbien für betroffene Personen sehr gefährlich und für Arbeits- und Menschenrechtsorganisationen ausserordentlich schädlich sein.

6. März 2012 bis heute: Mord am Gewerkschafter Luciano Romero – Präzedenzfall einer Klage gegen einen Multi

Dass es immer schwieriger wurde, Nestlé in der Schweiz mit öffentlicher Kritik zu konfrontieren, zeigte sich in der Tatsache, wie schnell der Aufruhr über die Spionageaktion abflaute und es in der Folge kaum mehr gelang, die mediale Aufmerksamkeit hinsichtlich weiteren skandalösen Rechtsfällen zu erregen.

Anfangs März 2012 reichte das European Center für Constitutional and Human Rights (ECCHR) zusammen mit der kolumbianischen Gewerkschaft Sinal-

trainal in der Schweiz Strafanzeige gegen Nestlé und fünf teilweise ehemalige Führungsmitglieder des Schweizer Konzerns ein. Gegenstand der Anzeige war die Frage der Mitverantwortung der Konzernspitze an der Ermordung des kolumbianischen Gewerkschaftsführers Luciano Romero am 11. September 2005 wegen Unterlassung von Interventionen zu dessen Schutz. Luciano Romero hätte im Oktober 2005 an der Anhörung von MultiWatch in Bern als Zeuge aussagen sollen. Er war zusammen mit acht anderen Gewerkschaftern am 22. Oktober 2002 zu Unrecht aus der Nestlé-Fabrik CICOLAC entlassen worden. Die direkten Täter wurden verurteilt, gegen Nestlé hingegen wurden nie Ermittlungen aufgenommen, obwohl CICOLAC 2007 von einem ehemaligen Kommandanten der paramilitärischen Organisation AUC als Geldgeber der Paramilitärs belastet wurde. Nachdem sowohl die Waadtländer Justiz wie auch das Bundesgericht entschieden hatten, wegen Verjährung nicht auf die Anklage einzutreten, lehnte letztinstanzlich auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die Klage gegen Nestlé ab.

2015: MultiWatch bleibt dran!

Wie MultiWatch durch die kontinuierlichen Recherchen und Newsmeldungen aufzeigt, verstösst Nestlé auch heute noch immer wieder gegen Menschenrechte. Zweifellos hat in den letzten zehn Jahren eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit stattgefunden. MultiWatch sorgt mit Aktionen – wie der Umbenennung der bernischen Schützenmatte in «Luciano-Romero-Platz» am 11. September 2015 im Andenken an dessen zehnten Todestag – weiterhin dafür, dass das Thema nicht aus der Schweizer Öffentlichkeit verschwindet.

Aber auch Nestlé hat dazugelernt: Der Konzern packt heute KritikerInnen mit Samthandschuhen an und versucht, ihnen mit schönen Worten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ist dies der Grund dafür, dass sich heute niemand mehr so richtig über Nestlés Verstösse zu empören vermag?

¹ Attac 2005. Nestlé, Anatomie eines Weltkonzerns. Rotpunktverlag

Druck der Öffentlichkeit: Reaktionen der Multis

Die gesellschaftliche Forderung nach Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards durch die Wirtschaft und insbesondere durch multinationale Konzerne ist in den letzten zehn Jahren immer lauter geworden. Viele Konzerne wissen, dass ihnen ihr Ruf in der Öffentlichkeit nicht egal sein kann. Heute funktioniert ein grosser Teil der PR der grossen Multis nach dem Prinzip «Tue Gutes und sprich darüber».

Die Konzerne erarbeiten und publizieren alljährlich aufwändig erstellte Nachhaltigkeitsberichte, in denen sie ihre Verdienste zugunsten der Menschen und der Umwelt ins beste Licht rücken. MultiWatch wollte genauer wissen, wie sich der gestiegene öffentliche Druck auf die Konzerne ausgewirkt hat. Wir haben fünf ExpertInnen eingeladen, dieser Frage nachzugehen:

Stephan Suhner: Als wir – das heisst eine Vorläufergruppe von MultiWatch – im Jahr 2002 begannen, zu Nestlé zu arbeiten, schickten wir sehr viele Protestbriefe und kritische Fragen an Nestlé und traten an den Aktionärsversammlungen auf. Wir waren sehr konfrontativ. Die Nestlé-Verantwortlichen stritten alles ab und rechtfertigten sich. Es kam nie zu einem Gespräch. Mit der Anhörung zu Nestlé schafften wir es 2005, die Konfrontation auf das höchstmögliche Niveau zu heben. Die Tatsache, dass damals eine so breite Allianz diese Anhörung unterstützte – namentlich auch die grossen Hilfswerke – hat Nestlé sehr gestört. Der Konzern intervenierte bei Alliance Sud – auch Mitglied bei MultiWatch – und diese stieg schliesslich auf einen Dialog ein. Dieser Dialog zwischen der schweizweit grössten Allianz der Hilfswerke und Nestlé wurde von vielen Seiten massiv kritisiert. Ich persönlich denke, dass der Dialog in Ergänzung zu den Aktivitäten von MultiWatch steht und dass nicht soviel Energie darauf verwendet werden sollte, sich gegenseitig zu kritisieren.

Franklin Frederick: Da bin ich ganz klar anderer Meinung: Indem Alliance Sud mit Nestlé in einen Dialog getreten ist, haben sie ein zuvor öffentliches Thema für einen internen, nicht öffentlichen Dialog «gekidnappt». Dieser Dialog hat das Thema für fünf bis sechs Jahre der Öffentlichkeit entzogen. Während dieser ganzen Zeit äusserte Alliance Sud keine einzige Kritik an Nestlé. Man darf nicht vergessen, dass auch die Konzerne in den letzten zehn Jahren viel dazugelernt haben. Die Konzerne haben einen Gegenangriff gestartet. Einerseits nehmen Nestlé-Manager zunehmend Schlüsselpositionen in wichtigen Organisationen und Gremien in der Schweiz ein. Andererseits versucht der Konzern, Themen der sozialen Bewegungen – wie beispielsweise die Kampagne «Recht auf



Wasser» – an sich zu reissen, um die Kontrolle zu übernehmen.

Golda Fuentes: Es geht sogar noch weiter: In der Andengemeinde Espinar (Peru) hat das Bergbauunternehmen Xstrata (heute Glencore) seine «CSR-Politik»² dazu benutzt, Regierung und Zivilgesellschaft glauben zu lassen, dass es nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch nachhaltige Entwicklung in diese abgelegene Region bringen würde. Die KleinbäuerInnen würden vom Bau von Spitälern, Schulhäusern, von der Technisierung der Landwirtschaft und von der Schaffung neuer Wertschöpfungsketten profitieren und somit auch gleich «modernisiert». In den Augen vieler ein Deal, für den die Dorfgemeinden und auch die peruanische Regierung dankbar sein sollten. Die verheissungsvollen Entwicklungsversprechen entpuppten sich jedoch als Seifenblase, die bald platzte. Erst als 2012 die Situation in Espinar eskalierte und national sowie international Druck auf Xstrata ausgeübt wurde, kam es ansatzweise zu einem unternehmerischen Umdenken.

Yasmine Motarjemi: Ja, öffentlicher Druck kann eine wichtige Rolle spielen, um Konzerne zur Einhaltung von Menschenrechten zu zwingen, denn das Wichtigste für die Konzerne ist ihr Image. Leider ist der öffentliche Druck bis heute nicht konstant und stark genug gewesen, um das Konzernverhalten massgeblich zu beeinflussen. Trotz lobenswerter ethischer Unternehmensrichtlinien (sog. «Corporate Social Responsibility Policy»), die auf Druck der Börsen erarbeitet werden mussten, verstossen viele Konzerne weiterhin gegen Menschenrechte. Tatsächliche Verpflichtungen zeigen sich nur punktuell und unter Druck von NGO, Medienkampagnen oder aufgrund der Beschwerden von KonsumentInnen oder Angestellten.

Franklin Frederick: Die freiwillige Unternehmenspolitik ist die Antwort der Multis auf eine drohende staatliche Regulierung, was sie unter allen Umständen verhindern wollen. Die Unternehmen wollen die Kontrolle selbst in der Hand behalten. Aus diesem

Grund produzieren sie all diese Berichte. Doch diese Berichte benennen die tatsächlichen Probleme kaum. Es wird stattdessen eine «Wirklichkeit» dargestellt, wie sie den Konzernen dient. So stehen zum Beispiel im Nachhaltigkeitsbericht 2006 zu Nestlés Aktivitäten in Brasilien Unwahrheiten geschrieben, welche einfach widerlegt werden können. Leider wird aber Nestle von niemandem öffentlich mit diesen Widersprüchen konfrontiert.

Stephan Suhner: Ich bin da etwas anderer Meinung. Ich denke, Nestlé hat nach 2005 realisiert, dass die Probleme, die wir als MultiWatch denunziert hatten, nicht völlig aus der Luft gegriffen waren und sie handeln mussten. Ich meine, dass Nestlé sich auch aufgrund des Drucks von NGO angefangen hat zu bewegen. Es gab nach dem Dialog durchaus noch weitere Kampagnen und stillere Aktionen, zum Beispiel die Nespressure-Kampagne von der IUF (International Union of Food, Farm and Hotel Workers) oder Briefe und Interventionen von Amnesty International. Niemand hatte ein Redeverbot. All diese unterschiedlichen Vorgehensweisen zusammen haben zu Veränderungen bei Nestlé geführt. Nestlé realisierte ab 2008 in sieben Ländern eine menschenrechtliche Folgeabschätzung – ein Human Rights Impact Assessment (HRIA). Darüber gibt es den relativ ausführlichen Bericht «Talking The Human Rights Walk». Ich habe die Angaben darin nicht systematisch nachrecherchiert. Ich habe aber bei anderen Unternehmen aus der Schweiz noch nie etwas Vergleichbares gelesen. Ich habe den Eindruck, dass bei Nestlé ein Umdenken stattgefunden hat.

Golda Fuentes: Auch Glencore hat zumindest in Fall Espinar (Peru) verstanden, dass ihr bisheriger CSR-Diskurs nicht erwünscht ist und dass sie mit internationalen Protesten rechnen müssen. Diese Einsicht zeigt sich darin, dass sie Themen wie Konfliktprävention, menschenrechtliche Folgeabschätzungen und Umweltgefahren zunehmend in ihre Kommunikationsstrategie aufnehmen und eine grössere Dialogbereitschaft beispielsweise gegenüber Schweizer NGO und ParlamentarierInnen ausweisen.

Stephan Suhner: Ich habe bei Glencore jedoch den Eindruck, dass das Unternehmen die Politik, die es behauptet zu machen, nicht wirklich verinnerlicht hat. In all den Gesprächen, die wir seit 2008 mit Glencore geführt haben, hat das Unternehmen immer nur abgestritten, die Schuld auf andere geschoben oder uns Unwissen und mangelndes Verständnis vorgeworfen. Glencore hat bisher noch nie ein Problem eingestanden. Ich würde erwarten, dass sich ein Unternehmen im Rahmen einer ernsthaften Berichterstattung im Sinne einer Rechenschaftspflicht auch selbstkritisch mit Problemen auseinandersetzt. Denn: Solange sie nicht nachvollziehbar Bericht erstatten, bleibt alles eine Behauptung.

Ueli Gähler: Auch bei Syngenta wissen wir nicht, ob es reale Fortschritte gibt. Wir wissen beispielsweise fast gar nichts über die Arbeitsbedingungen in den Produktionsstätten und bei den Geschäftspartnern von Syngenta in China, das einen immer grösseren Platz in der Agrochemie einnimmt. Die generelle Tendenz zum Outsourcing und zur Öffnung der Wertschöpfungskette erschwert die Beobachtung allfälliger Menschenrechtsverletzungen.

Franklin Frederick: Verhaltensänderungen erreicht man nur mit Konfrontation und Druck aus der Bevölkerung, es gibt keinen anderen Weg. Dafür muss in der Schweiz aber zuerst die Fähigkeit zur Konfrontation zurückgewonnen werden. In den letzten zehn Jahren hat die «neoliberale Welle» jede fundamentale Kritik im Keim erstickt. Was heute geübt wird, ist die «erlaubte Kritik» – eine Kritik, die die Kernprobleme nicht antastet. Diese Art von Kritik hat mit echter Auseinandersetzung, welche die Ursachen benennt, wenig zu tun. Solche «Kritik», wie sie etwa im Dialog mit Nestlé angewandt wurde, spielt den Konzernen in die Hände: Sie können sich offen und dialogbereit zeigen und vorgeben, «Verantwortung» zu übernehmen, ohne aber dabei die Ursachen für die eigentlichen Probleme anzugehen.

Ueli Gähler: Genau! Im neuen MultiWatch-Buch über Syngenta kommen wir klar zum Schluss, dass

das von der Weltbank und Syngenta geförderte exportorientierte Landwirtschaftsmodell in sich eine Verletzung des Menschenrechts auf Nahrung für die KleinbäuerInnen im globalen Süden darstellt. Es geht also nicht nur um einzelne Verstösse gegen die Menschenrechte. Es geht auch darum, die gewerkschaftlichen und politischen Rechte auf globaler Ebene einzufordern. Erst dann ist eine Verbesserung der allgemeinen Menschenrechtsslage möglich.

ExpertInnen:

Ueli Gähler

Mitglied von MultiWatch Basel und Mitautor des neuen MultiWatch-Buches über Syngenta

Stephan Suhner

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien und Vorstandsmitglied von MultiWatch

Golda Fuentes

Geographin und Expertin zu Glencore Peru

Franklin Frederick

Wasseraktivist aus Brasilien

Yasmine Motarjemi

ehemalige leitende Wissenschaftlerin für Nahrungsmittelsicherheit bei der WHO und Food-Safety-Managerin bei Nestlé, heute Beraterin im Bereich Menschenrechte und Public Health

² CSR: «Corporate Social Responsibility» (unternehmerische Verantwortung für die Gesellschaft) ist eine freiwillige Unternehmenspolitik. Im Gegensatz dazu fordern Multiwatch und andere NGO «Corporate Accountability», eine Rechenschaftspflicht. Es wird u.a. im Rahmen der «Konzernverantwortungsinitiative» darauf hingearbeitet, dass diese Rechenschaftspflicht rechtlich verbindlich wird.

Multis und Menschenrechte: Thema in Politik und Öffentlichkeit

Glencore? Noch nie gehört. So oder ähnlich dürften viele Menschen in der Schweiz reagiert haben, wenn sie vor zehn Jahren auf den Rohstoffhandelsriesen aus Baar angesprochen wurden.

Der Konzern, noch im Privatbesitz seiner Manager und damit der Öffentlichkeit keinerlei Rechenschaft schuldig, war damals noch nahezu unbekannt. Doch 2008 erhielt der Rohstoffgigant den Public Eye Award und 2012 zwang der Börsengang das Unternehmen seine Geschäftsdaten erstmals zu publizieren. Immer wieder war von Konflikten und Menschenrechtsverletzungen rund um Glencore-Minen und die Verwicklung in Steuerfluchtgeschichten zu lesen. Mittlerweile ist Glencore zum Vorzeige-Negativbeispiel dafür geworden, wie sich Multis weltweit um die Einhaltung der Menschen- und Umweltrechte füttern und gleichzeitig die Schweiz als sicheren Hafen für ihre Aktivitäten benutzen. Organisationen wie MultiWatch haben mit ihrer Informations- und Kampagnenarbeit massgeblich dazu beigetragen, dass solche Praktiken öffentlich bekannt gemacht wurden.

«Die Menschenrechtssituation im Umfeld von Unternehmen» ist in den letzten Jahrzehnten Thema in der nationalen und internationalen Politik geworden. Bereits in den 70er- und 80er-Jahren verhandelte eine UNO-Kommission über Verhaltenskodex für Unternehmen. Die Unternehmen reagierten mit gross angelegten Lobbyaktivitäten gegen verbindliche Regeln, obwohl die meisten dieser Kodexe keine oder nur schwache Instrumente zur Überwachung von Verstössen und Durchsetzung von

Strafen beinhalteten. Mit dem Siegeszug der neoliberalen Wirtschaftspolitik ab den 80er Jahren wurde die Unterstützung für eine Regulierung immer kleiner. 1992 wurde die UNO-Kommission, die am Verhaltenskodex für transnationale Konzerne gearbeitet hatte, sogar aufgelöst. Dafür wurde der Dialog mit dem Privatsektor als neue Strategie angepriesen. 1999 bot Kofi Annan der Privatwirtschaft den Global Compact an – einen Pakt, um die globalisierte Wirtschaft mit gemeinsamen Werten sozialer und ökologischer zu gestalten. Leider sah dieses Abkommen keine Überwachung der Abmachungen oder Sanktionsmöglichkeiten vor. Die Unternehmen konnten dem Global Compact also ohne jegliche Verpflichtung beitreten. Bis heute haben dies über 7000 Unternehmen getan.

Die Idee des Global Compact war von John Ruggie, Kofi Annans Chefberater für strategische Planung, entwickelt worden. Als sich die Wirkungslosigkeit des Global Compact immer stärker zeigte und die Kritik an der UNO immer grösser wurde, ernannte Annan 2005 denselben John Ruggie zum UNO-Sonderbeauftragten für Wirtschaft und Menschenrechte. Auch in dieser Funktion sprach sich Ruggie wiederholt sehr deutlich gegen verbindliche Regeln für Unternehmen aus. Bei der Vorstellung der «Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte» im März 2011 betonte er, dass diese Leitprinzipien «keine neuen internationalen Verpflichtungen für Wirtschaftsunternehmen schaffen». Die Konzerne und ihre Lobbyverbände nahmen diese Leitprinzipien begeistert auf. Sie hofften, dass damit die Diskussion über verbindliche Regeln vom Tisch sei.

Damit hatten sie sich aber getäuscht. Ein Vorstoss von Ecuador und Südafrika im UN-Menschenrechtsrat setzte das Thema der verbindlichen Regeln für transnationale Konzerne wieder auf die Tagesordnung. Im Juni 2014 überwies der Rat diesen Vorstoss zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe für die Entwicklung eines verbindlichen Abkommens zu Wirtschaft und Menschenrechten. Diesem Entscheid ging ein starkes Lobbying der «Treaty Alliance», einem Zusammenschluss von über 600 Nichtregierungsorganisationen, voraus. Bei der ersten Session der Arbeitsgruppe im Sommer 2015 zeigte sich, mit welchem starkem Widerstand zu rech-

nen ist. Die Industrieländer und die Unternehmerlobby versuchten während der ganzen Session die Diskussionen zu behindern. Sie versuchten die Arbeitsgruppe zu delegitimieren, indem sie zuerst ihre Teilnahme verweigerten und der Arbeitsgruppe anschliessend Einseitigkeit vorwarfen.³ Ausserdem arbeiteten sie darauf hin, die Debatte zu verschleppen – vor 2018 wird kaum mit einem ersten Entwurf zu diesem Abkommen zu rechnen sein. Entlarvend ist der Vergleich mit der enormen Geschwindigkeit, in der Freihandelsabkommen wie TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) oder TISA (Trade in Services Agreement) verhandelt werden.

«Durch die Aufarbeitung von Fällen von Menschenrechtsverletzungen schaffte es die Zivilgesellschaft immer wieder, das Thema der unternehmerischen Verantwortung an die Öffentlichkeit und damit auf die politische Agenda zu bringen. MultiWatch hat dabei in der Schweiz eine Schlüsselrolle eingenommen: Eine Handvoll motivierter AktivistInnen hat in unzähligen Stunden freiwilliger Arbeit über die letzten zehn Jahre hinweg eine kontinuierliche und qualitativ hochstehende Recherche- und Informationsarbeit geleistet.»

Daniel Hostettler, Koordinator Entwicklungspolitik, Fastenopfer

Auch in der Schweiz läuft die Auseinandersetzung ob Regeln zur globalen Einhaltung von Umwelt- und Menschenrechten für Multis verbindlich oder freiwillig sein sollen. Im Land mit der höchsten Dichte an Multis und einer traditionsgemäss sehr unternehmensfreundlichen Wirtschaftspolitik liegt der Fokus wenig überraschend klar auf der Freiwilligkeit. Diese Position bekräftigte der Bundesrat auch in seinem Rohstoffbericht vom März 2013, der anstelle einer verbindlichen Regelung nur Empfehlungen für freiwillige Normen macht.

Das Thema «Unternehmen und Menschenrechte» ist nicht nur in die Politik, sondern auch in die Öffentlichkeit gelangt. Für viele NGO ist es ein wichtiges Aktionsfeld geworden und die Unternehmen stehen unter genauer Beobachtung. Zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit massgeblich beigetragen haben als einer der Ausgangspunkte dieser Bewegung das von MultiWatch organisierte Nestlé-Tribunal im Jahr 2005 sowie das von der Erklärung von Bern und Greenpeace organisierte Public Eye in Davos, an dem zwischen 2005 und 2015 jedes Jahr das übelste Unternehmen preisgekrönt wurde. Auch die Proteste der letzten drei Jahre gegen den jeweils in Lausanne stattfindenden Rohstoffgipfel und – nicht zuletzt auch als Ergebnis dieser Sensibilisierung – die Kampagne «Recht ohne Grenzen» und die daraus entstandene «Konzernverantwortungsinitiative (KoVI)» waren wichtig. Mit letzterer fordern über 60 Organisationen eine gesetzliche Grundlage für eine verbindliche Regulierung von multinationalen Konzernen ein. Dieser breite Zusammenschluss für dieses Anliegen ist weltweit einzigartig.

³ Vgl. Juan Hernández Zubizarreta und Pedro Ramiro, *Cinco maneras de obstruir las propuestas de regulación en la ONU*, in: *La Marea*, 12. Juli 2015 (<http://www.lamarea.com/2015/07/12/5-maneras-de-obstruir-las-propuestas-de-regulacion-en-la-onu/>, 20.9.2015).

Auswertung und Ausblick

Lassen wir unsere Kampagnenarbeit der letzten zehn Jahre Revue passieren, dann freuen wir uns über die zunehmende öffentliche Diskussion des Themas «Wirtschaft und Menschenrechte», die wir mitbewirken konnten. Doch das reicht nicht! uns beschäftigt die Frage, wie wir es schaffen, dass sich diese Sensibilisierung in einer Verbesserung der Menschenrechtslage im Handlungsumfeld von multinationalen Konzernen auswirkt.

Um ein Beispiel zu nennen: Es ist heute noch schwieriger, kritische Beiträge und Enthüllungen zu Nestlé in den Medien zu platzieren. Auch viele NGO und Hilfswerke, die zu Fragen der Konzernverantwortung arbeiten, äussern sich nicht oder nur zurückhaltend kritisch zu Nestlé. Die Strategie des Konzerns scheint aufzugehen: Durch den im Jahr 2006 aufgenommenen selektiven Dialog (siehe S. 10) hat es Nestlé geschafft, die im Vorfeld der öffentlichen Anhörung 2005 entstandene breite Koalition zu schwächen und Menschenrechtsfragen im Umfeld von Nestlé in Kolumbien für mehrere Jahre aus dem öffentlichen Fokus zu nehmen.

Als Ergebnis des Dialogs kann bei Nestlé eine gewisse Sensibilisierung zu «Menschenrechtsfragen» festgestellt werden. Dies kommt in der heutigen Konzernkommunikation und dem Verhalten gegenüber KritikerInnen deutlich zum Ausdruck. Entscheidend ist aber vielmehr, ob sich für die Betroffenen in Kolumbien die Situation verbessert hat. Im Juni 2011 hat Alliance Sud einen Abschlussbericht zum Dialog mit Nestlé publiziert, der gegenüber Nestlé mit milder Kritik daher kommt und von MultiWatch als erfolgreiche Imagepolitik kritisiert wurde. Gemäss der Lebensmittelgewerkschaft Sinaltrainal hat Nestlé danach den Ton in Kolumbien wieder verschärft. Der Druck auf die Gewerkschaft wurde durch die Bildung einer unternehmensnahen Parallelgewerkschaft erhöht. Das zunehmend unnachgiebige Verhalten des Konzerns hat im Jahr 2012 bei Verhandlungen zu neuen Gesamtarbeitsverträgen Proteste provoziert, die 2013 zu einem Hungerstreik führten. Die Sicherheitssituation der Gewerkschaftsführer verschlechterte sich massiv: Am 9. November 2013 wurde der Gewerkschafter Oscar Lopez Triviño ermordet und ein Jahr später überlebte der Vizepräsident der Sektion Bugalagrande, Onofre Esquivel Luna, einen Mordanschlag nur knapp. Auch wenn Nestlé seit 2013 in Kolumbien sein Kommunikationsverhalten gegen-

über der Gewerkschaft wieder verändert hat, sind die Probleme zwischen Gewerkschaft und Nestlé bis heute nicht gelöst.

Trotz dieser ernüchternden Tatsachen ist es sehr ermutigend, dass heute wieder eine grosse Allianz von über 60 Organisationen – darunter auch MultiWatch – zur «Konzernverantwortungsinitiative» zu Stande gekommen ist. Die Zusammenarbeit in einer derart breiten Koalition ist anspruchsvoll. MultiWatch hofft, dass es der Koalition gelingt, die Initiative einzureichen und das Thema breit zu lancieren. Unsere Forderungen gehen aber darüber hinaus. Aus unserer Sicht genügt es nicht, von den Konzernen nur eine Rechenschaftspflicht hinsichtlich der Wahrnehmung ihrer Sorgfaltspflicht einzufordern. Wir haben uns bereits bei der Erarbeitung des Initiativtextes dafür eingesetzt, dass Konzerne auch für ihre Zulieferer stärker in die Pflicht genommen werden sollten, weil Auslagerungen heute in vielen Bereichen gang und gäbe sind.

In Zukunft wollen wir uns noch stärker international vernetzen. Zusammen mit Betroffenen müssen wir neue Instrumente und Strategien entwickeln, um der Straflosigkeit multinationaler Konzerne einen Riegel zu schieben. Es braucht eine globale Antwort auf die zunehmende Macht multinationaler Konzerne, die mit Abkommen wie TIPP und TISA immer weiter ausgebaut wird. Wir fordern deshalb unter anderem eine internationale Gerichtbarkeit zum Verhalten der Multis.

Bereits gibt es ermutigende Ansätze internationaler Vernetzungen. Beispiele sind das «Shadow-Network of Glencore Observers» oder das internationale Netzwerk von Glencore-ArbeiterInnen der internationalen Gewerkschaft IndustriAll. Beide Netzwerke haben zum Ziel, den Druck auf Glencore zu verstärken, indem deren Geschäftspraktiken eine globale Kritik entgegen gesetzt wird.

Ein neuer Fokus der Kampagnenarbeit könnte darauf liegen, die angeblichen Bemühungen der Konzerne zur Verbesserung der Menschenrechtslage oder zum Verhindern oder Beheben von Umweltzerstörungen zu überprüfen und fehlbare Konzerne mit diesen Versäumnissen öffentlich zu konfrontieren.

Nach zehn Jahren bleibt weiterhin viel zu tun. Wir bleiben dran und schauen hin!

Was kann ich tun?

MultiWatch sucht ständig engagierte Menschen, die mithelfen, Menschenrechtsverletzungen bei Schweizer Multis aufzudecken. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, aktiv zu werden:

Ich informiere mich und leite die Informationen an Interessierte weiter:

Ich besuche www.multiwatch.ch sowie www.facebook.com/MultiWatch und abonniere den Newsletter

Ich beteilige mich an Aktionen:

Ich melde mich auf info@multiwatch.ch und werde über Aktionen informiert

Ich werde Multi-BeobachterIn:

Wenn ich mir vorstellen kann, einen Multi längerfristig unter die Lupe zu nehmen, zu recherchieren und ein Dossier über ihn zusammenzustellen, dann melde ich mich unter info@multiwatch.ch.

Ich arbeite aktiv bei MultiWatch mit:

Bei MultiWatch gibt es die Möglichkeit, im Vorstand (Bern) mitzuarbeiten oder sich in thematischen Arbeitsgruppen zu engagieren. Interessierte melden sich unter info@multiwatch.ch.

In Basel existiert eine sehr aktive Regionalgruppe, die aktuell zu Syngenta arbeitet und immer Unterstützung brauchen kann. Interessierte melden sich direkt bei der Basler Regionalgruppe unter basel@multiwatch.ch.

Auch MultiWatch funktioniert nicht ohne finanzielle Unterstützung. Die letzten zehn Jahre haben gezeigt, dass mit jeder bezahlten Arbeitsstunde mindestens vier Stunden Freiwilligenarbeit generiert werden. Es gibt zwei Möglichkeiten, MultiWatch finanziell zu unterstützen:

Ich werde Fördermitglied:

Ich melde mich mit der beiliegenden Karte, per E-Mail (info@multiwatch.ch) oder über die Website www.multiwatch.ch als Fördermitglied an und bezahle jedes Jahr einen Mitgliederbeitrag.

Ich unterstütze MultiWatch mit einer Spende:

Ich zahle einen einmaligen Betrag auf das Konto PC 30-370569-9 ein.

«Auch für uns als Kirche ist MultiWatch eine Herausforderung: Sie erinnert uns nämlich an unseren prophetischen Auftrag, Unrecht nicht hinzunehmen, sondern lauthals zu benennen (vgl. Jesaja 58). Der Gott, den wir Sonntag für Sonntag verkünden, will eine Kirche, die wie MultiWatch Drecksgeschäfte als Drecksgeschäfte denunziert und sich vorbehaltlos für die Entrechteten einsetzt.»

Jürg Liechti-Möri, Präsident der OeME-Kommision der Evangelisch-reformierten Gesamtkirchengemeinde Bern



Merci!

MultiWatch konnte in den letzten zehn Jahren dank der vielen kleinen und grossen, einmaligen und regelmässigen Beiträgen und Spenden aktiv sein. Herzlichen Dank dafür!

Ein ganz herzliches Dankeschön geht auch an diejenigen Organisationen, die unsere Aktivitäten rund um das 10-Jahresjubiläum – darunter dieses Heft – finanziert haben:

- Berti Wicke-Stiftung
- Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn, Bereich OeME-Migration
- Temperatio-Stiftung

MultiWatch
Postfach
3097 Liebefeld

info@multiwatch.ch
www.multiwatch.ch
www.facebook.com/MultiWatch

PC 30-370569-9

MULTI  WATCH